



Pressemitteilung zum Jahresbericht 2024 (66. Bericht)

Dienstag, 11. März 2025

Das Jahr 2024 war geprägt von **sicherheits- und verteidigungspolitischen Umbrüchen und wachsenden Spannungen** weltweit. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die eskalierenden Konflikte im Nahen Osten und die zunehmenden Spannungen in Ostasien und der Sahelzone stellen auch die deutsche Sicherheitsarchitektur vor erhebliche Herausforderungen. Die Bundeswehr hat auf die immer komplexer werdenden globalen Herausforderungen reagiert und ihre Strukturen kontinuierlich angepasst.

Besonders hervorzuheben ist dabei die Aufstellung der **Brigade Litauen**. Diese historische Entscheidung verdeutlicht Deutschlands Engagement für die Sicherheit und Stabilität in der Region. Die dauerhafte Stationierung von 4.800 Soldatinnen und Soldaten in Litauen sowie die enge Zusammenarbeit mit den NATO-Partnern wird als wichtiges Zeichen der militärischen Stärke und der Solidarität mit unseren Verbündeten gewertet.

Einen entscheidenden Baustein für die Brigade Litauen stellt das vom Bundestag beschlossene **Artikelgesetz „Zeitenwende“** dar. Es enthält viele wichtige Maßnahmen, die vor allem den Dienst in Litauen attraktiver gestalten sollen.

Ein weiteres Signal der Solidarität und Entschlossenheit ist die kontinuierliche **Unterstützung der Ukraine** durch die Bundeswehr. Die EU-Ausbildungsmission zur Ausbildung ukrainischer Soldatinnen und Soldaten stellte mit durchschnittlich 1.500 gebundenen deutschen Kräften die zahlenmäßig größte Mission dar.

Ein zentraler Punkt der Bundeswehr bleibt die **Personalsituation**. Trotz der kontinuierlichen Bemühungen ist die Bundeswehr ihrem Ziel, bis 2031 eine Personalstärke von 203.000 Soldatinnen und Soldaten zu erreichen, nicht nähergekommen. Ende 2024 betrug die Zahl aktiver Soldatinnen und Soldaten 181.174 – damit lag der Personalbestand knapp unter dem Vorjahresstand. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Bundeswehr immer älter wird – das Durchschnittsalter stieg von 32,4 Jahren Ende 2019 auf nunmehr 34 Jahre.

Ein weiteres zentrales Thema ist die problematische **Beförderungssituation** innerhalb der Bundeswehr, die für großen Unmut und Unverständnis in der Truppe sorgt. Trotz der Erfüllung der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen mussten viele Soldatinnen und Soldaten auf Beförderungen warten, da im Verteidigungshaushalt die erforderlichen Planstellen fehlen.

Insgesamt bleiben die **Personalgewinnung und die Personalbindung** eine der größten Herausforderungen für die Bundeswehr. Ein langfristiger Erfolg kann dabei nur dann gewährleistet werden, wenn die Personalstrategie kontinuierlich angepasst und weiterentwickelt wird. Denn genügend und vollständig einsatzbereites Personal ist der Schlüssel zur Verteidigungsfähigkeit.

Angesichts des massiven Personalmangels und vor allem wegen der zu bewältigenden Aufgaben, debattieren Politik und Gesellschaft erneut über verschiedene Modelle der **Wehrpflicht**. Das von Verteidigungsminister Boris Pistorius vorgeschlagene, jedoch wegen der vorgezogenen Neuwahlen nicht verabschiedete Wehrdienstmodell ist ein unterstützenswerter Vorschlag.

Erhebliche Probleme gibt es auch nach wie vor bei der **Infrastruktur**. Trotz Investitionen in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro – eine Steigerung gegenüber 1,25 Milliarden Euro im Jahr 2023 – bleibt der Gesamtinvestitionsbedarf im Infrastrukturbereich alarmierend hoch. Nach Ende des Jahres 2024 beläuft sich der geschätzte Sanierungsbedarf auf rund 67 Milliarden Euro. Kasernen und Liegenschaften befinden sich oft noch immer in einem desaströsen Zustand, da die jahrelangen Einsparungen und ein Sanierungsstau nicht kurzfristig beseitigt werden können.

Deutliche Fortschritte brachte die Umsetzung der vorgezogenen **Vollausstattung** bei der persönlichen Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten, insbesondere bei Schutzwesten und Helmen. Jedoch bleibt der Mangel an funktionstüchtigem Großgerät, Munition und Ersatzteilen ein anhaltendes Problem.

Die **finanziellen Mittel** zur Bewältigung der Aufgaben wurden 2024 erheblich erhöht. Mit rund 52 Milliarden Euro stand ein um rund 1,8 Milliarden Euro gesteigerter Verteidigungshaushalt zur Verfügung. Zusätzlich wurden aus dem Sondervermögen der Bundeswehr rund 19,8 Milliarden Euro bereitgestellt. Damit erreichte die Bundesregierung erstmals das **NATO-Ziel**, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu investieren.

Für die Zukunft bedarf es zwingend einer entsprechenden Aufstockung des Verteidigungshaushalts. Entscheidend ist dabei auch, dass die Gelder effektiv und zügig eingesetzt werden, um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr langfristig sicherzustellen.

Erfreulich war die Beteiligung der Bundeswehr an den **Olympischen und Paralympischen Spielen** in Paris sowie die erstmalige Ausrichtung der **Invictus Germany**. Diese Veranstaltungen unterstreichen das Engagement der Bundeswehr für ihre Soldatinnen und Soldaten, auch in den Bereichen Spitzensport und Rehabilitation. Die Invictus-Community sorgte in den letzten Jahren für einen beeindruckenden Schub in der deutschen Veteranenkultur. Zur großen Freude beschloss der Deutsche Bundestag, ab dem Jahr 2025 jährlich am 15. Juni einen nationalen **Veteranentag** zu begehen.

Ein aufrichtiger **Dank** gilt allen Soldatinnen und Soldaten – wir sind stolz auf unsere Bundeswehr.